

## Einstiege in eine wachstumsfreie Gesellschaft

Keine neuen theoretische Ansätze zu Wirtschaftswachstum (Wirtschaftswachstum) oder eine weitere Differenzierung der Kritik daran sondern

A.: Kurze Einführung: Argumente für einen Abschied vom Paradigma des Wirtschaftswachstums und Erklärungen für das bisherige Festhalten von Politik und Wirtschaft am Wirtschaftswachstum.

B.: Einstiege in die **Entwicklung zu einer wachstumsfreien Gesellschaft**: Überblick, wie verschiedene gesellschaftliche Bereiche und Institutionen der Gesellschaft - die in der Art, wie sie heute gestaltet sind, existenziell auf ständiges Wachstum angewiesen sind - so gestaltet oder umgestaltet werden können, dass sie auch ohne Wirtschaftswachstum funktionieren.

(SCHWERPUNKT soll hier auf die Situation und Möglichkeiten in Industrieländern, bes. Deutschland gelegt werden, aus Zeit- und Kapazitätsgründen soll in diesem WS nicht die Situation in Entwicklungsländer betrachtet werden).

### Definition: **Was ist mit Wachstum gemeint?**

- **Wachstum der Wirtschaft:**  
Das **Bruttoinlandsprodukt** (Abkürzung: **BIP**) gibt den Gesamtwert (in Euro) aller Güter (Waren- und Dienstleistungen) an, die in einer Volkswirtschaft produziert werden. Das BIP ist ein Maß für die wirtschaftliche Leistung einer Volkswirtschaft in einem bestimmten Zeitraum. Die **Veränderungsrate des realen BIP** dient als Messgröße für das Wirtschaftswachstum der Volkswirtschaften.  
Das nominale BIP wird zu Marktpreisen berechnet, das reale BIP ist inflationsbereinigt.
- **Wachstum von Umweltverbrauch** (Steigender Energie- und Ressourcenverbrauchs)
- Beides hängt eng miteinander zusammen.

### Definition: **Wachstumsfreie Gesellschaft**

- Das Wachstum von Energie- und Ressourcenverbrauch inkl. Fläche sowie Zerstörung von Biodiversität wird gestoppt und der Verbrauch entsprechend den Nachhaltigkeitszielen zurückgefahren.
- Es findet keine Politik zur Erhöhung des Wirtschaftswachstum statt.
- Wachstumstreibende und wachstumsabhängige Bereiche, Institutionen und Strukturen werden umgebaut, so dass sie von Wirtschaftswachstum unabhängig sind. Ein entsprechender volkswirtschaftlicher Ordnungsrahmen wird entwickelt.

In einer wachstumsfreien Gesellschaft werden insbesondere während der Transformationsphase einzelne Bereiche wachsen, andere dagegen schrumpfen, so wie dies bei jedem Strukturwandel der Fall ist.

## A.: Argumente für einen Abschied vom Paradigma des Wirtschaftswachstums

### Ökologische Gründe

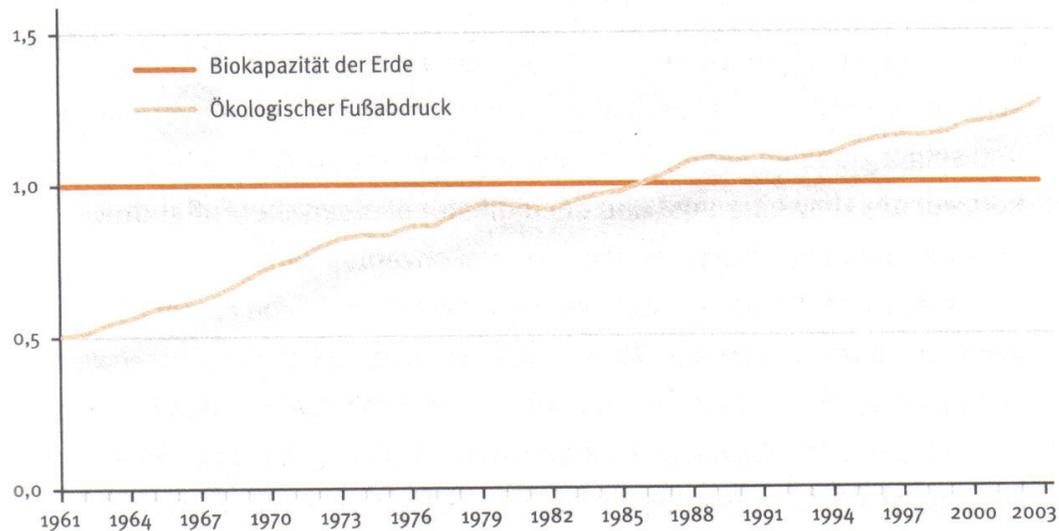
Wirtschaftswachstum verursacht ökologische Probleme und verhindert ihre Lösung.

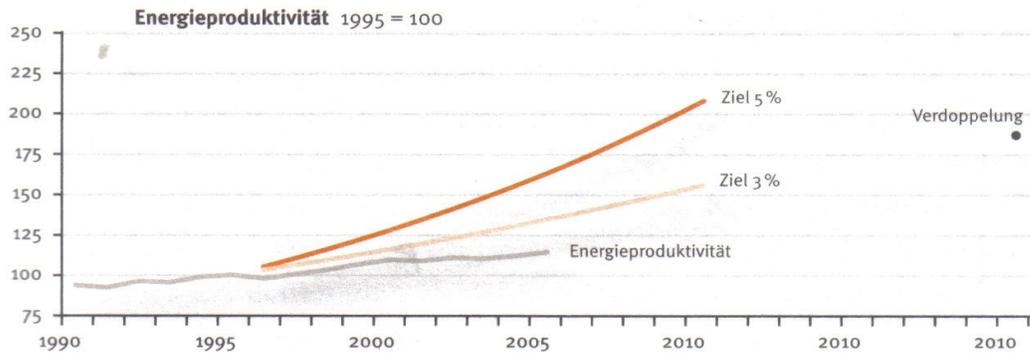
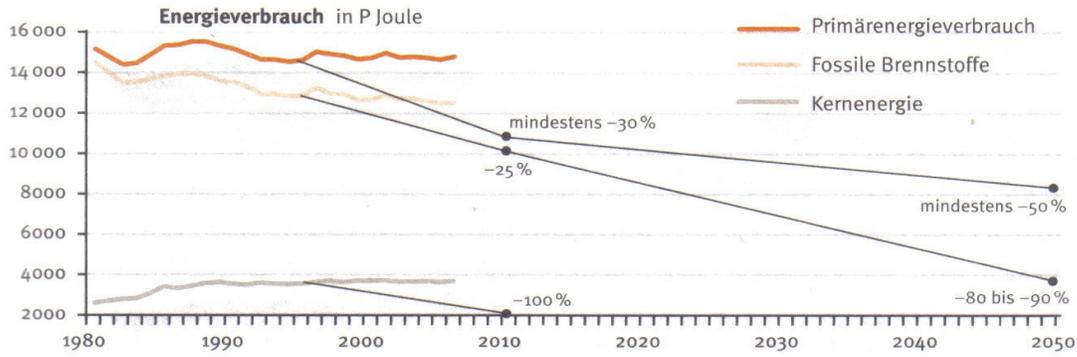
**Übernutzung des ökologischen Systems** (Klimawandel, Artensterben) und vieler **Ressourcenbestände** (Öl, Metalle, Wälder, Überfischung der Meere, landwirtschaftlich nutzbare Fläche)

Zwar hat in vielen Ländern bei einzelnen Umweltproblemen eine **relative Entkopplung** (geringerer Energie- oder Ressourceneinsatz pro Einheit des BIP) stattgefunden, diese wurde aber meist **durch Wachstumseffekte oder Leistungssteigerungen überkompensiert**.

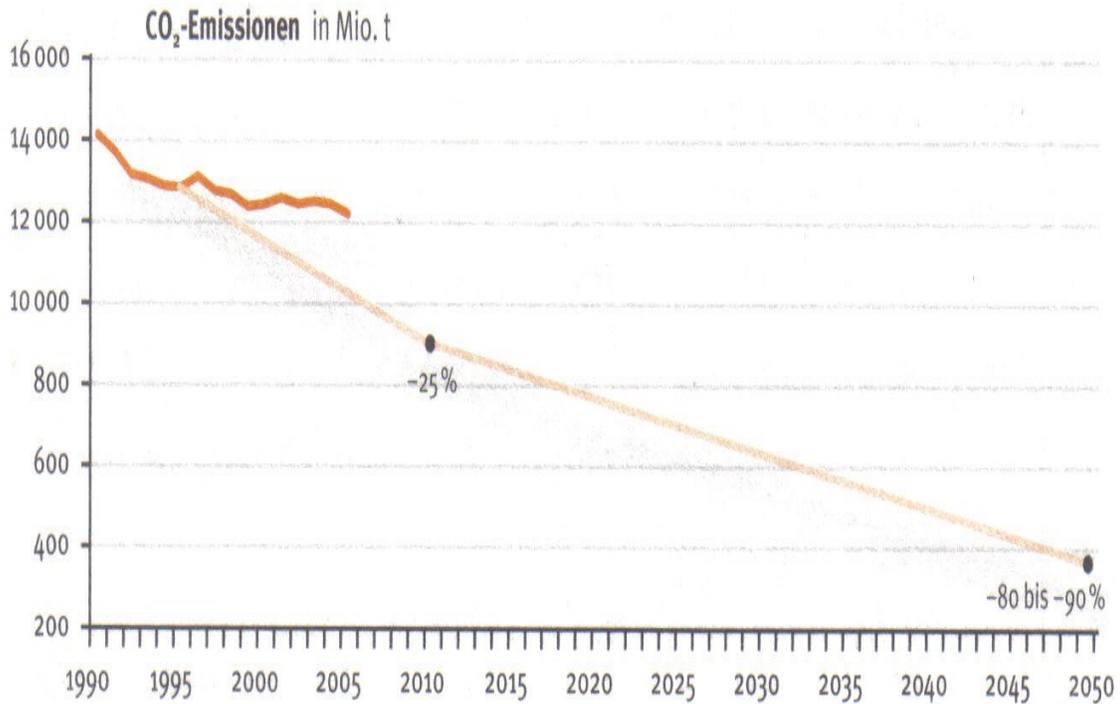
Abb. 5.1 Globaler ökologischer Fußabdruck<sup>8</sup>

Zahl der benötigten Planeten Erde





**Primärenergieverbrauch: soll: -30% bis 2010 – ist: +1,4% (1995 – 2005)**  
**Fossile Brennstoffe: soll: -25% bis 2010 – ist: - 3,7% (1995 – 2005)**  
**Energieproduktivität: soll: +3 - +5%/Jahr – ist: ca. +1,6%/Jahr**



CO<sub>2</sub> und NO<sub>x</sub> Emissionen 1990 – 2005

**Kohlendioxid: soll: -25% bis 2010 – ist: -5,2% (1995 – 2005)**

**Quelle: Studie Zukunftsfähiges Deutschland, Wuppertal Institut 2008**

## **Sozioökonomische Gründe**

Hoffnungen auf Wirtschaftswachstum als vielseitigen gesellschaftlichen Problemlöser haben sich in den Industrieländern seit den 1970er Jahren nicht mehr erfüllt:

**Wirtschaftswachstum und Wohlstand:** Der Zusammenhang zwischen Wirtschaftswachstum und Wohlstand gilt nur bis zu einer gewissen Schwelle, die ungefähr bei der Hälfte des P/K EK heutiger Industrieländer liegt. Darüber hinaus verbessert Wirtschaftswachstum nicht oder kaum mehr die Lebenszufriedenheit (zahlreiche Studien zu Lebenszufriedenheit und ökonomische Glücksforschung)

**Wirtschaftswachstum und Beschäftigung:** Wirtschaftswachstum trägt kaum mehr zu hohem Beschäftigungsniveau bei. Wegen steigender Arbeitsproduktivität (= technisch bedingte AL, der technische Fortschritt tendiert dahin, fortwährend Arbeitskräfte einzusparen) sind schon vergleichsweise hohe Wachstumsraten nötig, nur um den Erhalt der Beschäftigung sicherzustellen (Gemäß Schätzungen lag die „Beschäftigungsschwelle“ in D. zwischen 1990 und 2000 zwischen 1,1 und 2,4 %).

**Sozialer Ausgleich:** Wirtschaftswachstum = Hoffnung auf eine konfliktfreie Umverteilung, jeder bekommt ein Stück vom wachsender Kuchen. Aber seit den 1990er Jahren steigen Armut und soziale Ungleichheiten, seitdem sinkende Reallöhne.

**Abbau der Staatsverschuldung:** Seit Jahrzehnten wird durch verschiedene politische Maßnahmen (z. B. Steuersenkungen, Staatsausgaben (Konjunkturpakete), Deregulierung) versucht, das Wirtschaftswachstum anzukurbeln, um mit den durch Wachstum entstehenden höheren Steuereinnahmen die wachsende Staatsverschuldung zu bewältigen.

**Sättigungstendenzen:** Aktive Wachstumspolitik stößt in Industrieländern zunehmend auf einerseits gesättigte Märkte und andererseits sinkende Kaufkraft, was sich an kontinuierlich rückläufigen Wachstumsraten seit den 1960er Jahren zeigt. (Lineares Wachstum).

**Demografische Entwicklung:** Die demografische Entwicklung in den meisten Industrieländern (konstant niedrige Geburtenrate, Abnahme der Bevölkerung) führt selbst bei Zuwanderung und längeren Lebensarbeitszeiten langfristig zu einer Abnahme des Arbeitskräftepotenzials und sinkender Nachfrage).

## **B.: Einstiege in eine wachstumsfreie Gesellschaft**

### **Gesellschaftsbereiche:**

- es besteht kein Anspruch auf Vollständigkeit,
- einige Maßnahmen sind kurzfristig umsetzbar, andere erst mittel- bis längerfristig ggf. auch nur auf mindestens europäischer Ebene.

- **Technischer Fortschritt (Effizienzsteigerung – EE – nachwachsende Rohstoffe)**
- **Umverteilung (Steuern – Arbeit – öffentliche Ausgaben - Staatsfinanzen)**
- **Unternehmen ohne Wachstumszwang**
- **Nachhaltige Produktion und Konsum**
- **Regionalisierung von Wirtschaftsprozessen**
- **Finanzmärkte und Rolle der Banken**
- **Wohlstand neu vermessen – Abkehr vom BIP**

## **1. Technischer Fortschritt (Effizienzsteigerung – EE – nachwachsende Rohstoffe)**

### **\* Absolute Entkopplung**

Eine **absolute Entkopplung** von Wirtschaftsleistung und Energieverbrauch ist **nur ohne weiteres Wirtschaftswachstum** erreichbar. Bislang konnte nur eine relative Entkopplung erreicht werden (z.B. Energieverbrauch steigt etwas langsamer als Wirtschaftswachstum)

Das Erreichen der Klimaschutzziele (2° C) und Abkehr vom Öl (Peak Oil) erfordern die Reduktion der CO2 Emissionen bis 2050 um einen Faktor 10 (ca. – 90 %, Basisjahr 1990) in den Industriestaaten (ohne Wirtschaftswachstum gerechnet).

Setzt sich der bisherige Wachstumstrend von 2-3% p.a. fort, dann bedeutet dies eine Verdoppelung des BIP in ca. 30 Jahren, die Effizianzanstrengungen müssten dann um ein Vielfaches höher sein. Allein mit technischem Fortschritt ist das nicht zu schaffen.

### **\* Wachsen und Schrumpfen**

Volkswirtschaftlich gesehen wird es – v. a. in der Übergangszeit Unternehmen und Branchen geben, die wachsen – dies sogar sollen, um den Strukturwandel voranzutreiben. Ein **sozial-ökologischer Umbau** kann nur mit Hilfe **massiver Investitionen** in ressourcenarme Infrastruktur, Produktions- und Distributionssystem erreicht werden.

Dieser Investitionsschub erfordert Geld, Ressourcen und Arbeitskräfte, er wird zunächst zu starkem „klassischem“ Wirtschaftswachstum führen (= Grünes Wachstum), aber wie bei allen Einsparinvestitionen gefolgt sein von einem Rückgang des Ressourcenverbrauchs und damit des BIP.

Zudem müssen diesem Wachstum des Notwendigen auch **Schrumpfungen des „Falschen“** gegenüberstehen.

Verschiedene gesellschaftliche Bereiche und Institutionen müssen sich hierauf einstellen:

Eine bloße Fixierung auf Technik und „grünes Wachstum“ greift in jedem Fall zu kurz.

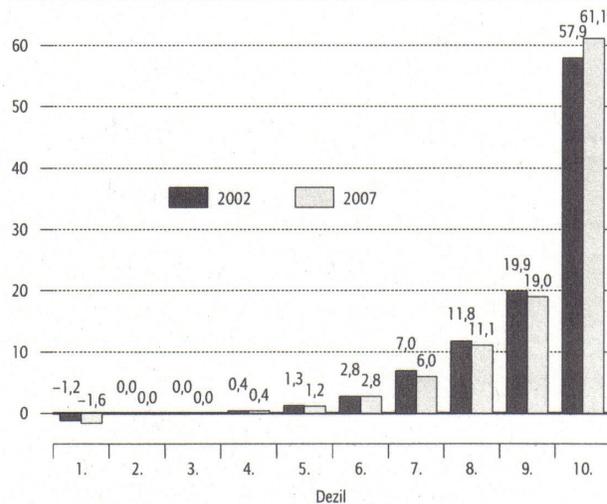
## 2. Umverteilung (Arbeit - Steuern – öffentliche Ausgaben – Staatsfinanzen)

### Individuelles Nettovermögen in Deutschland

Abbildung 1

#### Individuelles<sup>1</sup> Nettovermögen nach Dezilen in Deutschland 2002 und 2007

Anteil am Gesamtvermögen in Prozent



<sup>1</sup> Personen in privaten Haushalten im Alter ab 17 Jahren.

Quellen: SOEP; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2009

- Das reichste Zehntel der Bevölkerung verfügte 2007 über 60 % des gesamten Vermögens (5% verfügen über 46% und 1% über 23%).

- Die unteren 70% der Bevölkerung haben einen Anteil am Gesamtvermögen von knapp 9%.

- Das gesamte Nettovermögen betrug 2007 6,6 Billionen Euro.

- Pro Erwachsenem bedeutete das ein Durchschnittsvermögen von 88.000 Euro.

- Betrachtet man die Mitte zwischen oberer und unterer Hälfte, dann liegt der Wert des mittleren Vermögens bei nur 15.000 Euro (Medianwert).

### Arbeitszeitverkürzung

Umverteilung von Erwerbsarbeit – Teilzeitarbeit in Verbindung mit besseren Kombinationsmöglichkeiten mit Familienzeit, ehrenamtliche Arbeit, Eigenarbeit und Freizeit wirkt sich entlastend auf Ressourcenverbrauch und Konsum aus und wirkt sich positiv auf das Wohlbefinden aus (z.B. Abbau stressbedingter Krankheiten, mehr Zeit für persönliche Interessen).

(s. WS Sabine Gruber)

### Steuern

#### \* Sozialökologische Steuerreform

Verlangsamung des Wachstums der Arbeitsproduktivität (um den Wachstumstreiber Arbeitslosigkeit zu vermindern) durch Verlagerung der Abgabenlast vom Faktor Arbeit auf den Faktor Energie. (= aufkommensneutrale Steuerstrukturreform).

Energiesteuer (auf Kraftstoffe, Strom, Heizöl und Gas)

Aufkommen zur Senkung der Lohnzusatzkosten (RV Beiträge für AN und AG)

--> Es steigt der Anreiz, nicht Arbeitsplätze wegzurationalisieren sondern den Energieverbrauch.

#### \* Vermögenssteuern, höhere Erbschafts- und Spitzensteuersätze

#### \* Austrocknung von Steueroasen

#### \* Finanzmarkttransaktionssteuer

- \* **Begrenzung des zwischenstaatlichen Steuerwettbewerbs**
- \* **Beendigung der steuerlichen Besserbehandlung von Kapitalgesellschaften mit ihren vielfältigen „Gestaltungsmöglichkeiten“ ggü. Personengesellschaften.**
- \* **Höhere Unternehmenssteuern**

## **Öffentliche Ausgaben**

### **Öffentliche Güter / öffentliche Infrastrukturen**

- *Keine (weitere) Privatisierung öffentlicher Infrastruktur bzw. **Rücknahme der Privatisierung***

V. a. diverse **Netzstrukturen** sollten in **öffentlicher Hand** verbleiben – soweit möglich auch in **kommunaler Hand** (Strom, Wärme, Wasser und Abwasser, Verkehrsnetze). Im Sinne der Nachhaltigkeit soll der Staat dabei jedoch bestimmte Netznutzungen befördern:

(Stromeinspeisung aus Erneuerbaren Energien, Wärmeeinspeisung aus KWK, öffentlicher Nahverkehr statt Straßenbau)

Staatliche Unternehmen und besonders regionale/ kommunale Unternehmen wie z. B. Stadtwerke folgen nicht primär abstrakten Prinzipien wie Wachstum, Renditemaximierung oder Shareholder Value.

- *Verlagerung von privatem zu öffentlichem Konsum*

Nachhaltigere Lebensstile hängen zudem auch von der zur Verfügung stehenden **sozialen Infrastruktur** ab, z. B. Kinderbetreuung, Bildung, Gesundheit, Rente, Kultur etc.

Die Umsteuerung vom individuellen in den öffentlichen Konsum wirkt sozial ausgleichend und entlastet auch den Sozialstaat von der Aufgabe, über Transferleistungen unterschiedliche EK auszugleichen. (Bsp. Zunahme der privaten Zusatzrenten und -Versicherungen wirkt als Wachstumstreiber durch Erzeugung von Renditedruck auf den Finanzmärkten).

- *Existenzsichernde Grundsicherung*

eine durch den Sozialstaat garantierte armutsfeste Grundsicherung, die - nicht wie bei Hartz IV - an Bedingungen geknüpft ist und das bei besonderen Bedürfnissen (z. B. Krankheit, Behinderung) die höheren Ausgaben berücksichtigt.

Zudem soll sie Menschen ermöglichen, Aufgaben auch außerhalb des Marktes wahrzunehmen in Form von ehrenamtlichen Tätigkeiten (z. B. im sozialen, gesellschaftspolitischen, ökologischen Bereich).

### **Staatsfinanzen / Verschuldung**

Die Verschuldung der öffentlichen Haushalte soll in einer nicht wachsenden Gesellschaft reduziert werden, da die Hoffnung nicht mehr besteht, sie durch Wachstum zu reduzieren.

Dies ist möglich durch neue und höhere Steuern (s. o) und einen sparsameren Umgang mit öffentlichen Geldern auf der Ausgabenseite.

So können z. B. **umweltschädigende Subventionen** komplett **gestrichen** werden. Ebenso wie **Kosten der Wachstumsförderung** (à la Wachstumsbeschleunigungsgesetz, Wirtschafts- und Exportförderung etc.) durch die öffentliche Hand.

Die Partizipation der BürgerInnen beim Aufstellen des Haushalts besonders in Kommungen kann zu einem sparsameren und effizienteren Umgang mit öffentlichen Mitteln führen (**Bürgerhaushalt**). Dasselbe gilt für die Mitbestimmung bei großen Bauprojekten, Infrastrukturprojekten (a la Stuttgart 21) etc..

Effizientere **Steuerprüfung** und mehr Steuerprüfer.

### 3. Unternehmen ohne Wachstumszwang

Ziel der Wirtschaftspolitik darf nicht mehr Wachstum sein, sondern Nachhaltigkeit. Wettbewerb und Handeln von Unternehmen muss dem angepasst werden.

#### \* **Gleichrangigkeit der Produktionsfaktoren Arbeit, Kapital und Natur**

In der bisherigen betriebs- und volkswirtschaftlichen Lehre in Wissenschaft und Unternehmenspraxis wird Umweltverbrauch (als Ressourcen und Senken) als eigener Produktionsfaktor neben Arbeit und Kapital nicht berücksichtigt.

Die Natur ist immer noch weitgehend „kostenlos“, „Gemeingüter“ werden als sog. „freie Güter“ missbraucht, die nach Belieben genutzt und übernutzt werden, was sich z. B. in übermäßigem CO<sub>2</sub> Ausstoß, Überfischung der Meere, Abholzung von Wäldern etc. zeigt.

Notwendig sind Änderungen in der bisher neoklassisch dominierten Wirtschaftstheorie. Für die unternehmerische Praxis sind Rahmenbedingungen wichtig, die von der Politik vorgegeben werden.

#### \* **Internalisierung von gesellschaftlichen Kosten**

Die Nutzung von Natur darf nicht weiterhin kostenlos sein. Soweit möglich müssen **Kosten für Naturverbrauch in die Kalkulation integriert** werden. Da es mitunter schwierig ist ökologische Kosten zu bepreisen (was kostet eine aussterbende Art?) können umgekehrt auch die Mehrkosten berechnet werden, die durch ökologisch und sozial verträgliche Produktion entstehen z.B. im ökologischen Landbau vs. Konventionellem Anbau.

Oder es werden Produktionsstandards nach dem Beispiel des „Top-Runner-Ansatz“ (bei Energieverbrauch) vorgegeben, die nach einer gewissen Frist von allen Unternehmen erreicht werden müssen.

Das **Wettbewerbsrecht muss den externalisierenden Wettbewerb generell verhindern**. Ein durch Schädigung von Umwelt und Gesundheit oder Ausbeutung erreichter Preis- oder Qualitätsvorsprung ist in diesem Sinn nicht weniger unlauterer Wettbewerb wie z. B. Täuschung durch irreführende Werbung.

#### \* **Regulierung des internationalen Handels**

Um beim Import von Gütern Verzerrungen von nicht-nachhaltigem Wettbewerb abzumildern, sollte die Möglichkeit bestehen, **Importzölle** auf Güter zu erheben, die ökologische und soziale Mindeststandards nicht erfüllen.

#### \* **Verantwortliche Unternehmen**

- *Machtbeschränkung bei großen Kapitalgesellschaften*

**Aktiengesellschaften** unterliegen wegen der Renditeerwartungen der Anleger und Möglichkeiten der Übernahme einem hohen Gewinn- und Wachstumsdruck und sind täglich Gegenstand von Spekulationen an den Börsen der Welt.

Sie können vielleicht nicht abgeschafft werden, kurzfristig notwendig und möglich ist jedoch, dass der Staat durch **Wettbewerbspolitik und Kartellaufsicht** sicherstellt, dass dem Größenwachstum und der Marktbeherrschung von Unternehmen klare Grenzen gesetzt werden. In manchen Bereichen (Energie) wären auch **Entflechtungen und Zerschlagungen** notwendig.

**Verbot von Lobbyismus** (z. B. Mitarbeit von Unternehmensangestellten in Ministerien)

- Förderung von Personengesellschaften/ Mittelstand und alternativen Unternehmensformen

Der Rendite- und Wachstumsdruck ist im **Mittelstand bei Familienunternehmen oder bei Personengesellschaften** allgemein - v. a. wenn sie dazu noch eher auf **regionale Märkte** orientiert sind - geringer als bei global operierenden Aktiengesellschaften.

Auch bei **Genossenschaften**, Formen der **Solidarischen Ökonomie** (Mischformen aus Sozial- und Gewerbebetrieben) ist die Gewinnorientierung geringer ausgeprägt oder gar nicht vorhanden.

- Mehr Wirtschaftsdemokratie

Mehr Mitbestimmung durch ArbeitnehmerInnen in allen Unternehmensformen: Der **Betriebsrat** könnte zu einer „zweiten Kammer“ ausgebaut werden, die wichtige unternehmerische Entscheidungen mitbestimmt. Die **Arbeitenden** trügen dabei z. B. (in Gestalt eines erfolgsabhängigen **variablen Lohnbestandteils**) das Unternehmerrisiko mit. Im Gegenzug können sie **gleichrangig mit dem AG** z. B. über die Verteilung des Gewinns auf Arbeitnehmereinkommen, Investitionen, Rücklagen, sowie die verbleibenden Kapitaleinkünfte **mitbestimmen**.

#### \* **Ökologischer Strukturwandel**

Einzelne Branchen und Unternehmen werden auch in Zukunft wachsen (= ökologischer Strukturwandel). Wichtiger als Umsatz/ Wertschöpfung ist die Rentabilität, die auch ohne Wachstum gesichert werden kann. Durch Wachstumsbegrenzungen droht kein Zusammenbruch der Wirtschaft – lediglich ein verschärfter Strukturwandel mit Verlierern auf Seiten der Innovationsverweigerer.

## **4. Nachhaltige Produktion und Konsum**

### **Produktion**

Notwendig ist es, kurz- bis mittelfristig alle **technischen Verbesserungspotenziale** auszuschöpfen (s. Effizienzrevolution)

#### \* **Änderung der Nutzung von Gütern:**

- Produktion von langlebigen, reparaturfähigen, wieder verwendbaren und recyclingfähigen Gütern.
- Ausbau von Formen der gemeinsamen Nutzung von Gütern sowie Tausch- und Leihsysteme)
- Produkt-Service-Systeme, bei denen Verbraucher eine Dienstleistung kaufen, anstatt die Geräte selbst zu besitzen.

Bei all diesen Formen verschiebt sich die Wertschöpfung von der Produktion zur Dienstleistung und wirkt damit wachstumsdämpfend.

### **Konsum – Kultur- und Lebensstilwandel**

In den meisten Ländern der OECD ist der Konsum der Kern der Wachstumswirtschaft.

Auch wenn man die **positiven historischen Errungenschaften des Konsumwachstums** und des sozialen Wandels (wie individuelle Unabhängigkeit, Mobilität, Bequemlichkeit, intensivere Zeitnutzung, Abwechslung und Neuheiten) anerkennt, zeigen immer mehr Studien, dass Menschen durch ständig wachsenden Konsum nicht unbedingt glücklicher werden.

Bis zu einem gewissen BIP p/k steigt die Lebensqualität mit dem wirtschaftlichen Wachstum, aber jenseits dieser Schwelle steigert weiteres Wachstum die Zufriedenheit nicht mehr.

Vielmehr bestimmt der Grad an sozialer Ungleichheit in wohlhabenden Ländern die Lebensqualität: Fast alle Indikatoren zum Wohlbefinden zeigen, dass die **Lebensqualität in Ländern mit größerer Gleichheit wesentlich höher** ist.

Bereitschaft zur Selbstbeschränkung braucht dann auch gar nicht so sehr die Interessen anderer und der Natur im Auge haben, sondern das **Eigeninteresse**.

Denn die Konzentration auf das Wesentliche, Verzicht auf Überflüssiges, weniger Hektik, Stress und Konkurrenz, ausreichend Zeit für sich selbst und für gute Beziehungen gehören zu den Wesensmerkmalen eines gelingenden Lebens.

## 5. Regionalisierung von Wirtschaftsprozessen

Die Rückbindung der Wirtschaft an die lokalen und regionalen Ressourcen und Abkehr von großräumiger und transportintensiver Arbeitsteilung ist ein zentraler Baustein jeder Nachhaltigkeitspolitik.

Am besten beschrieben ist die Rückkehr zur Region im Bereich der Land- und Nahrungsmittelwirtschaft.

Regionale Ansätze sind auch möglich in der Energiewirtschaft, Verwendung regionaler Baustoffe, regionalen Einzelhandelskonzepten etc.

Unterstützung regionaler Wirtschaftskreisläufe durch **Regiogeld**

## 6. Finanzmärkte und Rolle der Banken

Der Finanzmarkt hat sich durch ein Überangebot an Kapital von seiner eigentlichen Aufgabe entfernt, realwirtschaftliche Investitionen zu finanzieren, die sich an den Bedürfnissen der Menschen orientieren.

Der durch abstrakte Finanzprodukte entstehende Anlage- und Renditedruck sowie die Vermögensinflation wirken regelmäßig als Wachstumstreiber und führten in der Vergangenheit zu erheblichen Überbewertungsblasen.

### \* **Loslösung des Finanzsystems von der Realwirtschaft beenden.**

Die Geldwirtschaft ist an die Realwirtschaft zurückzubinden und diese ist gleichzeitig nach Nachhaltigkeitskriterien umzugestalten.

Das **klassische Bankgeschäft mit der direkten Kundenbeziehung** zu Einlegern und Kreditnehmern zeigte sich in aktuellen Finanzkrise als stabilisierend.

Den regional orientierten Banken (SPK, Volksbanken, Raiffeisenbanken etc.) kommt in diesem Prozess eine Schlüsselstellung zu. Für sie sind zudem staatlicherseits Rahmenbedingungen zu schaffen, die sie zur Ausrichtung auf regionale Nachhaltigkeit ermutigen.

### \* **Einschränkung der Kreditgeldschöpfung von Banken**

Durch die Möglichkeit, nahezu unbegrenzt (Buch-) Geldschöpfung über Kreditvergaben an Unternehmen zu betreiben, üben Banken einen starken Wachstumsdruck auf die Realwirtschaft und Finanzmärkte aus. Ein wichtiger Vorschlag ist in diesem Zusammenhang die Idee der „**Vollgeldschöpfung**“, die das Recht der Geldschöpfung wieder ausschließlich oder stärker z.

B. durch einen **höheren Mindestreservesatz** (der in der EU derzeit bei nur 2% liegt) der Zentralbank einräumen will.

#### **\* Mittelbar der Realwirtschaft dienenden Produkte**

Eine Reihe derivater Finanzinstrumente wie z. B. Swaps oder Optionen dienen mittelbar dem realwirtschaftlich orientierten Finanzgeschäft, etwa durch die Absicherung von Zinsänderungsrisiken, Warentermingeschäften, oder Währungsrisiken. Diese derivaten Instrumente sind sinnvoll und notwendig, um ungleichgewichtige Risiken der unterschiedlichen Finanzmarktteilnehmer auszugleichen.

Da die Abgrenzung von Spekulation mitunter jedoch schwierig ist, ist hier eine verstärkte Regulierung und Kontrolle notwendig.

#### **\* Ordnungspolitische Neuordnung des Finanzmarktes**

Bei rein spekulativen und abstrakten Finanzinstrumenten, die keiner gesunden Entwicklung der Realwirtschaft dienen, hat es in den letzten 10 Jahren erhebliche Deregulierungen gegeben. Hier ist eine Re-Regulierung notwendig.

- Verbot spekulativer Finanzdienstleistungen z. B. von Leerverkäufen, Tätigkeiten von Hedgefonds, Handel mit verbrieften Kreditforderungen, Finanzspekulation mit Rohstoffzertifikaten etc.
- Einführung einer Finanzmarkttransaktionssteuer
- Ausweitung der monetären Bonitätsprüfung von Rating-Agenturen auf realwirtschaftliche Verwendung von Investitionen und deren soziale und ökologische Auswirkungen. (Prüf- und Beratungstätigkeit solcher Agenturen sind strikt zu trennen; ggf. sind auch öffentliche Rating Agenturen sinnvoll).
- Verpflichtung zu mehr Transparenz, keine Geschäfte außerhalb der Bilanz
- Höhere Eigenkapitalanteile bei Banken
- Offshore-Finanzplätze müssen geschlossen werden.
- Größe von Banken darf keine „Systemrelevanz“ erreichen.

### **7. Wohlstand neu vermessen – Abkehr vom BIP**

(s. WS von Bernhard Thomas)

#### Literatur:

Seidl, Irmi u. Angelika Zahrnt (2010). Postwachstumsgesellschaft. Metropolis Verlag. Marburg.

Binswanger, Hans-Christoph (2009). Vorwärts zur Mäßigung. Perspektiven einer nachhaltigen Wirtschaft. Murmann Verlag. Hamburg.

BUND u. a. (2008). Zukunftsfähiges Deutschland in einer globalisierten Welt. Fischer TB Verlag. Frankfurt/M.

Politische Ökologie (2010). Nach dem Wachstum. Heft 121-122. Oekom Verlag München.

Scherhorn, Gerhard (2009). Geld soll dienen, nicht herrschen. Die aufhaltsame Expansion des Finanzkapitals.

Wissenschaft & Umwelt (2009). Nachhaltiges Wachstum? Heft 13, Forum Wissenschaft und Umwelt Interdisziplinär. Wien.